**Einwendungskatalog zu den Genehmigungsverfahren über die Errichtung und den Betrieb von insgesamt 3 WKA am Standort Brunow, beantragt durch die Energiepark Brunow Klüß GmbH & Co.KG**

AZ: StALUWM-51e-4707-571V-0-1.6.2.-6021

Die Energiepark Brunow Klüß GmbH & Co.KG, Platschower Straße 2 in 19372 Brunow, plant die Errichtung und den Betrieb von drei Windkraftanlagen (WKA) am Standort Brunow-Klüß, Gemarkung Klüß, Flur 1, Flurstücke 5, 50 und 79. Geplant sind eine WKA (WKA01) des Typs Enercon E-147 EP5 E2 mit einer Leistung von 5 MW und zwei WKA (WKA02 und WKA03) des Typs Enercon E-138 EP3 E2 mit einer Leistung 4,2 MW, die Gesamthöhen betragen 229m.

Im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens für das Vorhaben „Brunow II“ der Energiepark Brunow Klüß GmbH & Co.KG **wird ab Mittwoch, 3. Januar 2024, bis einschließlich Mittwoch, 24. Januar 2024,** in Zuständigkeit des Staatlichen Amts für Landwirtschaft und Umwelt Westmecklenburg (StALU WM) eine Online-Konsultation gemäß Planungssicherstellungsgesetz (PlanSiG) durchgeführt.

Die öffentliche Auslegung der Antragsunterlagen zu o. g. Vorhaben erfolgte vom 29. März 2022 bis einschließlich 28. April 2022. Es ist eine Einwendung eingegangen, die auch gültig ist. Gemäß § 10 Abs. 6 BImSchG kann die Behörde die rechtzeitig gegen das Vorhaben erhobenen Einwendungen mit der Antragstellerin und denjenigen, die Einwendungen erhoben haben, erörtern.

Aufgrund der Qualität der Einwendung entschied das StALU WM eine Erörterung durchzuführen.

Für die den gesetzlichen Bestimmungen entsprechende Durchführung von Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung hat der Gesetzgeber im März 2020 das Planungssicherstellungsgesetz (PlanSiG) beschlossen.

Auf der Grundlage von § 10 Abs. 6 BImSchG und § 5 des Planungssicherstellungsgesetzes (PlanSiG) tritt an die Stelle des Erörterungstermins eine Online-Konsultation gemäß PlanSiG.

Wesentliches Ziel der Online-Konsultation ist es – wie im Erörterungstermin auch – die vorgebrachte Einwendung, unter Berücksichtigung der Argumentationen der Antragstellerin sowie der Stellungnahmen der Fachbehörden, zu erörtern.

Hierfür wurden im Vorfeld der Online-Konsultation alle frist- und formgerecht vorgetragenen Einwendungen durch das Staatliche Amt für Landwirtschaft und Umwelt Westmecklenburg ausgewertet und themenbezogen zusammengestellt. Auf dieser Grundlage wurden durch die Antragstellerin bzw. der von ihr beauftragen Gutachter schriftliche Erwiderungen und Erläuterungen erarbeitet. Dies erfolgte ebenso durch die Fachbehörden. Die Einwendungen sind kursiv dargestellt. Zum leichteren Lesen sind die Entgegnungen der Antragstellerin in blau, des Staatlichen Amtes für Landwirtschaft und Umwelt Westmecklenburg (StALU WM) in schwarz dargestellt. Gleichzeitig wird in der ersten Spalte auch der Verfasser (Behörde, Antragsteller) der Aussage benannt.

Die Einwenderin hat nunmehr in der Online-Konsultation die Möglichkeit, ihre Einwendungen unter Kenntnisnahme der Erwiderungen der Antragstellerin und ggf. der Stellungnahme der Fachbehörde zu konkretisieren und schriftlich vorzutragen. Ziel der Konsultation ist es, Wissenslücken zu schließen und ergänzende Informationen zu den Sachverhalten zu erhalten.

In der Online-Konsultation können keine neuen Einwendungen vorgebracht werden, da diese mit Ablauf der Einwendungsfrist ausgeschlossen sind. Eine Vertiefung der bereits erhobenen Einwendungen ist hingegen zulässig.

Die im Zuge der Online-Konsultation eingehenden Stellungnahmen werden in der Verfahrensakte entsprechend dokumentiert. Den Vorhabenträgern wird nochmals die Möglichkeit eingeräumt, sich zu den eingegangenen Stellungnahmen und vertiefenden Einwendungen gegenüber dem StALU WM zu positionieren. Die Ergebnisse der Online-Konsultation werden in die Entscheidung einfließen. Nach Entscheidung wird der Bescheid gem. § 10 Abs. 8 BImSchG bekanntgegeben und für zwei Wochen beim StALU WM öffentlich ausgelegt.

Die Begriffe „Windkraftanlage“ (WKA) und „Windenergieanlage“ (WEA) werden synonym verwendet.

Ein Abkürzungsverzeichnis befindet sich am Ende des Einwendungskatalogs.

Inhaltsverzeichnis

[**1. PLANUNGSGRUNDLAGEN / ANTRAGSUNTERLAGEN** 5](#_Toc129109452)

[**1.1 Regionalplanung** 5](#_Toc129109453)

[**1.2 Bauordnung / Bauplanung** 7](#_Toc129109454)

[**1.3 Einwendungen zu Verfahrensfragen** 10](#_Toc129109455)

[**1.4 Antragsunterlagen**](#_Toc129109456)

[**2. SCHUTZGUT MENSCHEN, INSBESONDERE DIE MENSCHLICHE GESUNDHEIT-EMISSIONEN UND IMMISSIONEN**](#_Toc129109457)

[**2.1 Schallimmissionen**](#_Toc129109458)

[**2.2 Schattenwurf**](#_Toc129109459)

[**3. SCHUTZGUT TIERE, PFLANZEN UND DIE BIOLOGISCHE VIELFALT, FRAGEN DES SPEZIELLEN ARTENSCHUTZES** 15](#_Toc129109460)

[**3.1 Biotopschutz** 15](#_Toc129109461)

[**3.2 Spezieller Artenschutz - Rotmilan** 16](#_Toc129109462)

[**4. SONSTIGES- KOSTEN / ERTRAGSVERLUST** 17](#_Toc129109463)

[**Abkürzungsverzeichnis** 19](#_Toc129109467)

| Nr. | Einwendungskomplex/ Inhalt der Einwendung |
| --- | --- |
| 1. PLANUNGSGRUNDLAGEN/ ANTRAGSUNTERLAGEN |
| 1.1 Regionalplanung |
| 1.1.1 | Die raumordnerische Beurteilung des Vorhabens basiere auf veralteten Planungsgrundlagen (2. Entwurf der Teilfortschreibung des RREP WM, Stand: November 2018). Demnach befinden sich die geplanten WEA innerhalb des ausgewiesenen "bedingten Windvorranggebiets" Nr. 33/18 Brunow. In der Rechtsprechung und Literatur sei anerkannt, dass nicht erst verbindliche Zielfestlegungen, sondern auch in Aufstellung befindliche Ziele der Raumordnung im Rahmen einer sog. „Vorwirkung der Gebietsplanung" relevant sein können, sofern ein Mindestmaß an inhaltlicher Konkretisierung und Verfestigung ihrer Verabschiedung besteht (Verweis auf BVerwG, Urteil 4 C 4/08, NVwZ 2011, 61, 62; Schink, Vorranggebiete für die vom 01.07.2010 Windenergienutzung in Regionalplänen, ZfBR 2015, 232, 236). Der am 26.05.2021 freigegebene und bereits öffentlich ausgelegte 3. Entwurf des RREP WM weise einen solchen hinreichend verfestigten Planungsstand auf und erfülle damit die Voraussetzungen einer Vorwirkung. Er könne und müsse folglich als Grundlage für die raumordnerische Beurteilung von Einzelvorhaben herangezogen werden. Die Antragsunterlagen seien entsprechend anzupassen. |
| EntgegnungAntragstellerin | Es liegt eine positive Stellungnahme der zuständigen Fachbehörde (AfRL) Westmecklenburg vor, wonach den drei betreffenden WEA keine Ziele der Raumordnung entgegenstehen. Im Übrigen sei auf die jüngsten politischen Weichenstellungen verwiesen und das in der Region Westmecklenburg umzusetzende 2,1% -Ziel (2,1 % der „Regionsfläche“ sind als Vorranggebiete für Windenergie auszuweisen). Die Flächen des Vorhabens entsprechen dabei 100% den Kriterien, die für die Ausweisung dieser Wind-Vorranggebiete festgelegt wurden (vgl.: <https://www.rpv-vorpommern.de/fileadmin/Ablage/Regionalplanung/Dokumente/Endgueltiger_RREP-Entwurf_2AEnderung_RREP_VP_2022.pdf>). Dies war auch zum Zeitpunkt der Einwendung (damals noch leicht abweichender Kriterienkatalog des Planungsverbandes Westmecklenburg maßgeblich) bereits der Fall. |
| EntgegnungStALU | Es liegt eine positive Stellungnahme des Amtes für Raumordnung und Landesplanung Westmecklenburg vom 29.11.2021 vor. *„…In M-V erfolgt die räumliche Steuerung der WEA über die Ausweisung von Eignungsflächen in den jeweiligen Regionalen Raumentwicklungsprogrammen. (RREP).**Da im Ergebnis des Oberverwaltungsgerichtes M-V vom 15.11. 2016 – 3L 144/11, das RREP WM von 2011 hinsichtlich der Konzentrationsflächen für Windenergieanlagen insgesamt unwirksam ist, sind diesbezüglich keine verbindlichen Ziele der Raumordnung vorhanden, die der geplanten Errichtung der beantragten WEA entgegenstehen.**Der derzeitige Entwurf des Kapitels 6.5 Energie sieht für die betreffende Fläche die Festlegung eines Windeignungsgebietes (WEG 34/21 Brunow) vor. Die beantragten WEA befinden sich innerhalb der im Entwurf zur Teilfortschreibung des RREP WM (Stand 26.05.2021) vorgesehenen Eignungsfläche.* *Der Errichtung und dem Betrieb der WEA stehen keine Ziele der Raumordnung entgegen…“* (Quelle: Stellungnahme des Amtes für Raumordnung und Landesplanung Westmecklenburg vom 29.11.2021) |
| 1.1.2 | Der Begriff „Windvorranggebiet“ werde fälschlicherweise vermehrt in der Projektkurzbeschreibung verwendet. Richtig sei gemäß § 7(3) Nr. 1 des Raumordnungsgesetzes der Begriff „Windeignungsgebiet“. Die Projektkurzbeschreibung sei entsprechend zu korrigieren  |
| 1.1.3 | Aus verfügbarem Kartenmaterial sowie der von der Antragstellerin vorgelegten topographischen Karte gehe hervor, dass sich die Standorte der WEA 01 und der WEA 03 gemäß dem 2. Entwurf des RREP WM in westlicher Richtung auf der Grenze des WEG Nr. 33/18 bzw. 33/18\* befinden und die Rotor-Überstreichflächen der Anlagen damit teilweise außerhalb des WEG liegen. Das gelte ebenfalls unter dem im 3. Entwurf zum RREP WM ausgewiesenen augenscheinlich deckungsgleichen WEG Nr. 34/21. Dies sei anhand des im Internet verfügbaren, zugegeben relativ ungenauen Kartenmaterials erkennbar. Da die Rotor-Überstreichflächen der WEA außerhalb des WEG liegen, seien WEA 01 und WEA 03 gemäß § 35(3) BauGB nicht genehmigungsfähig (Verweis auf Urteil des BVerwG vom 21.10.2004 (Az.: 4 C 3/04, Rn. 41) und des VG Hannover vom 22. September 2011 (4 A 1052/10, 1. Urteil).  |
| EntgegnungAntragstellerin | Es liegt eine positive Stellungnahme der zuständigen Fachbehörde (AfRL) Westmecklenburg vor, wonach den drei betreffenden WEA keine Ziele der Raumordnung entgegenstehen. Die zitierten Rechtsprechungen beziehen sich im Übrigen auf Bauleitpläne, die vorliegend nicht existieren und sind überdies nicht 1:1 auf Landesrecht MV übertragbar. Es ist überdies Verwaltungspraxis in MV, dass WEA mit dem Rotor auch Flächen außerhalb der WVR-Gebiete Überstreichen dürfen solange der Mast bzw. das Fundament innerhalb dieser Gebiete errichtet werden. |
| 1.2 Bauordnung/ Bauplanung |
| 1.2.1 | Man befürchte eine Gefährdung der Standsicherheit von Bestandsanlagen aufgrund der Höhe, der Leistung, der geringen Abstände der geplanten WEA sowie der im vorgelegten Turbulenzgutachten der Firma F2E vom 11. Juni 2020 bereits festgestellten Überschreitungen der Auslegungswerte der Turbulenzintensität (bei den Bestandsanlagen WEA 1, 9, 11, 15 und 16).  |
| EntgegnungAntragstellerin | Die Standsicherheit der Bestandsanlagen ist nicht gefährdet. Sie wurden im Rahmen der Planung und Erstellung des Genehmigungsantrags in jeder Hinsicht als Vorbelastung bewertet und berücksichtigt. Im Rahmen des den Antragsunterlagen beigefügten Gutachtens „F2E-2020-TGH-022, Revision 1“ des unabhängigen Sachverständigen *F2E Fluid & Energy Energineering* wird nachgewiesen, dass die Standsicherheit der seitens der Einwenderin benannten WEA nicht gefährdet ist. Die Auslegungswerte dieser werden eingehalten und zwar durch konkret berechnete und anlagenspezifische Betriebseinschränkungen an den drei antragsgegenständlichen WEA (Siehe Seite 5 ff. des vorgenannten Gutachtens), die insoweit Antragsgegenstand sind und die Betriebssicherheit im Gesamtwindpark gewährleisten. Im Übrigen ist der Rückbau der seitens der Einwenderin genannten WEA im Rahmen eines Repowerings bereits fest eingeplant. Beleg dafür ist der Bebauungsplan der Gemeinde Berge, der für die im Rahmen des Repowering neu zu errichtenden WEA der 6 – 7 MW Leistungsklasse gerade in Aufstellung befindlich ist. Die Baufenster für die sodann neu zu errichtenden WEA befinden sich in erheblich größerem Abstand zu den drei antragsgegenständlichen WEA als dies in Bezug auf die derzeit noch in Betreib befindlichen Bestandanlagen des Herstellers NEG Micon der Fall ist. Es wird davon ausgegangen, dass das Repowering und mithin der Rückbau der seitens der Einwenderin genannten Bestandsanlagen in den Jahren 2025/26 vollzogen sein wird.  |
| EntgegnungStALU | Die Gutachten werden durch unabhängige Sachverständigenbüros erstellt. Dabei sind zur Darstellung und Bewertung der Auswirkungen methodische Standards anzuwenden. Ob und wie diese Standards erfüllt werden wird, ebenso wie das Ergebnis des jeweiligen Gutachtens, durch die beteiligten Fachbehörden geprüft.Zur Standsicherheit hat die Antragstellerin ein Fachgutachten durch die Firma F2E „F2E-2020-TGH-022, Revision 1“, 11.06.2020 erstellen lassen. Lt. F2E-Gutachten sind entsprechende Betriebsbeschränkungen in Form von sektoriellen Abschaltungen und Reduzierungen für die geplanten drei WEA vorgesehen.  |
| 1.2.2 | In der Praxis gelte der fünffache Rotordurchmesser (RD) in Hauptwindrichtung und der dreifache RD in Nebenwindrichtung als Orientierungswert für den erforderlichen Abstand zwischen den Plan- und Bestands-WEA (Verweis: Deutscher Städte- und Gemeindebund (Hrsg.), Kommunale Handlungsmöglichkeiten beim Ausbau der Windenergie - unter besonderer Berücksichtigung des Repowering, 2012, DStGB-Dokumentation Nr. 111, S. 23).Bei den geplanten WEA betrage der Abstand nur zwei RD. Somit sei der Mindestorientierungswert von drei RD unterschritten. Im Detail: der Abstand zwischen der Bestand-WEA 1 und der geplanten WEA 02 (= WEA 13 im Turbulenzgutachten) betrage im Turbulenzgutachten (Tabelle 2.7.1) nur 2,0 x RD. WEA 02 (= WEA 13) (sowie WEA 03= WEA 14 im Turbulenzgutachten) weise einen RD von 138,25 m auf, sodass sich ein Abstand von 276,5 m ergebe. Die neu geplante WEA 01 (=WEA 12 im Turbulenzgutachten) habe einen Abstand von 2,07 x RD (ca. 147 m) zu Bestands-WEA 11 und damit einen Abstand von etwa 305 m. Zu Bestands-WEA 9 sei der Abstand der WEA 12 nur 2.05 x RD, (ca. 301 m). Dabei stehe die WEA 01 (= WEA 12) in Hauptwindrichtung zur Bestands-WEA 11. Die geplante WEA 03 (= WEA14) habe einen Abstand von 3.29 x RD (ca. 455 m) zu Bestands-WEA 1 und von 3.23 x RD (ca. 447 m) zu Bestands-WEA 11.Bei Unterschreitung eines Mindestabstands von fünf RD habe derjenige, der neue WEA errichten will, nachzuweisen, dass keine Gefährdung der Standsicherheit der bereits errichteten Bestandsanlagen eintrete (Verweis auf „Richtlinie für Windenergieanlagen - Einwirkungen und Standsicherheitsnachweise für Turm und Gründung" des Deutschen Instituts für Bautechnik aus Oktober 2012, Heft 8 der Schriftenreihe B des Instituts (Abschnitt 7.3.3) und Hinweis, dass die darin enthaltenen technischen Regeln verbindlicher Bestandteil des Bauordnungsrechts seien, welche gemäß § 85a(1) LBauO M-V zu beachten seien). Weitere Verweise auf Urteile in verschiedenen Bundesländern würden unter Punkt 3.2 des Einwendungsschreibens genannt. |
| EntgegnungAntragstellerin | In der Praxis gelten anders als dargestellt keine „Orientierungswerte“, sondern lediglich die Gewährleistung der Standsicherheit und eines sicheren Anlagenbetriebs. Insoweit wird an dieser Stelle auf die vorherige Entgegnung verwiesen. |
| EntgegnungStALU | Siehe zu 1.2.1 |
| 1.2.3 | Es überwiege das Interesse des Betreibers von Bestandsanlagen das Interesse des Antragsstellers auf Genehmigung einer geplanten WEA, sollte die Gefährdung der Standsicherheit der bereits errichteten Bestandsanlagen durch die geplanten WEA nicht mit Sicherheit auszuschließen sein (Verweis auf Urteil VG Frankfurt/Oder in seinem Beschluss vom 10. September 2008 (Az.: 5 L 127-08).  |
| EntgegnungAntragstellerin | Siehe zu 1.2.1 und 1.2.2 |
| EntgegnungStALU | Siehe zu 1.2.1 |
| 1.2.4 | Die Erteilung einer BImSchG-Genehmigung könne nur erfolgen, wenn die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden und andere öffentlich-rechtliche Vorschriften der Errichtung und dem Betrieb der geplanten WEA nicht entgegenstehen (Verweis auf § 6(1) Nr.2 BlmSchG sowie §12(1) LBauO M-V). Turbulenzen, welche die Standsicherheit von Bestands-WEAs gefährden, seien Gefahren und erhebliche Nachteile für die Nachbarschaft (Verweis § 5 BImSchG). Zur Standsicherheit gehöre nicht nur Schutz vor Einsturzgefahr, sondern auch Schutz vor geringeren Beeinträchtigungen durch Erschütterungen, Grundwasserveränderungen und dergleichen (Verweis §12(1) LBauO M-V). Einwirkungen durch Luftturbulenzen seien ebenfalls zu berücksichtigen (Verweis VG Frankfurt/Oder, a.a.O.). |
| EntgegnungAntragstellerin | Siehe zu 1.2.1 und 1.2.2Zudem: Die Rechtsprechung wurde hier aus dem Zusammenhang gerissen. In Bezug auf WEA und insbesondere im Hinblick auf die gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen der Energie- und Klimawende hier unverständliche Formulierung: *„…sondern auch Schutz vor geringeren Beeinträchtigungen durch Erschütterungen, Grundwasserveränderungen und dergleichen..“* , *„...Einwirkungen durch Lustturbulenzen seien ebenfalls zu berücksichtigen...“* |
| EntgegnungStALU | Die Genehmigungsfähigkeit richtet sich nach aktuellen Rechtsgrundlagen zum maßgeblichen Zeitpunkt der Entscheidung (Genehmigungserteilung). Bei Vorliegen der Voraussetzungen nach § 6 BImSchG ist die Genehmigung zu erteilen (gebundene Entscheidung).Die Prüfung der Plausibilität des Turbulenzgutachtens obliegt der unteren Bauaufsichtsbehörde.  |
| 1.2.5 | Das Turbulenzgutachten (Tabelle 3.1) halte eine Lastrechnung in Bezug auf die Bestands-WEA 1, 9 und 11 für erforderlich. Für eine anlagenspezifische Lastrechnung benötige die Antragstellerin die Zustimmung der jeweiligen Eigentümer/ Betreiber der betroffenen Bestands-WEA. Es sei bisher noch keine Anfrage zu einer anlagenspezifischen Lastrechnung erfolgt und es werde einer solchen auch nicht zugestimmt. Die im Gutachten vorgeschlagenen Betriebsbeschränkungen seien daher in einer Genehmigung für die geplanten WEA in jedem Fall als Nebenbestimmung aufzunehmen. |
| 1.2.6 | Die beantragte WEA vom Typ E-147 EP5 E2 (W1 im Schall- und Schattenwurfgutachten) mit 5,0 MW und einer Nabenhöhe von 155 m vom Anlagenhersteller Enercon werde nicht mehr produziert bzw. sei nicht mehr auf dem Markt erhältlich. Der Genehmigungsantrag (sowie die eingereichten Gutachten) beziehe sich auf einen nicht mehr verfügbaren Anlagentyp. Dementsprechend könne auch keine Genehmigung für diesen nicht mehr erhältlichen Anlagentyp erteilt werden, da von ihr angesichts der Produktionseinstellung der E-147 kein Gebrauch gemacht werden könne. |
| EntgegnungAntragstellerin | Die Einstellung der Lieferung der E-147 erfolgt erst im Jahr 2023/24. Noch wird der Typ nachweislich ausgeliefert und gebaut. Die Antragstellerin plant indes eine Änderung nach § 16 BImSchG, nach Vorliegen der Genehmigung für die beantragte WEA. |
| EntgegnungStALU | Die Verfügbarkeit von geplanten WEA ist keine Genehmigungsvoraussetzung für Vorhaben nach dem BImSchG und damit nicht Gegenstand der behördlichen Prüfung. Die Überprüfung des Gutachtens zur Standorteignung erfolgt durch die untere Bauaufsichtsbehörde in Verbindung mit der Statikprüfung. Aus der Stellungnahme dieser Fachbehörde ergeben sich die eventuellen Auflagen und/oder Nebenbestimmungen im Genehmigungsbescheid. |
| 1.2.7 | Das Turbulenzgutachten weise methodische Mängel auf. Das verwendete Modell zur Berechnung der effektiven Turbulenzintensität sei für geringe Abstände von < 3 RD nicht hinreichend validiert. Für Abstände von < 3 RD gäbe es keine Studien, welche das verwendete Modell der Bildung eines Turbulenzmittelwertes (Standartberechnung für 3 RD-Abstände) ausreichend verifiziere. Dem Gutachten fehle es an Angaben, ob und wie das verwendete Modell im Einzelfall validiert wurde. Bei fehlender Validierung müsse auf die vorgenommene Berechnung ein Unsicherheitsaufschlag addiert werden, um etwaigen Modellfehlern bzw. -ungenauigkeiten Rechnung zu tragen. Dies sei augenscheinlich nicht erfolgt. |
| EntgegnungAntragstellerin | Das Gutachten entspricht dem Stand der Wissenschaft und Technik. Es wurde nach den gängigen Methoden und von einem in diesem Bereich spezialisierten Fachgutachter in Deutschland erstellt. |
| Entgegnung StALU | Die Gutachten werden durch unabhängige Sachverständigenbüros erstellt. Dabei sind zur Darstellung und Bewertung der Auswirkungen methodische Standards anzuwenden. Ob und wie diese Standards erfüllt werden wird, ebenso wie das Ergebnis des jeweiligen Gutachtens, durch die untere Bauaufsichtsbehörde geprüft. |
| 1.3 Einwendungen zu Verfahrensfragen |
| 1.3.1 |  |
| 1.3.2 | Angesichts des geltenden Rücksichtnahmegebotes seien auch die Belange der Nachbarkommunen zu berücksichtigen, sofern grenzüberschreitende Auswirkungen des Vorhabens nicht auszuschließen seien. Dies gelte unabhängig von bestehenden Bauleitplänen/ planerischen Vorstellungen der Nachbargemeinden (Verweis auf mehrere Urteile: BVerwG, NVwZ 1995, 266, 267; BVerwG, 8. September 1972- IV C 17.71 = BVerwG 40, 323, 330 ff.; BVerwG, 15. Dezember 1989 - 4 C 36.86 = BVerwG 84, 209). Weder die Standortgemeinde Brunow noch die Nachbarkommunen (einschließlich die im direkt angrenzenden Land Brandenburg) seien bisher im Rahmen des Genehmigungsverfahrens beteiligt worden. Es bedarf einer (materiellen) Abstimmung mit den betroffenen Kommunen, da grenzüberschreitende Auswirkungen des Vorhabens aufgrund der Standortnähe der geplanten WEA zum gemeindlichen Grenzbereich möglich seien. Es sei sicherzustellen, dass alle erforderlichen Behörden und Kommunen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens ordnungsgemäß beteiligt werden. |
| EntgegnungAntragstellerin | Die Standortkommune muss beteiligt werden. Die Standortkommune hat im Übrigen ihr Einvernehmen erteilt. Überdies handelt es sich um eine förmliches Genehmigungsverfahren mit umfassender Beteiligung der Öffentlichkeit. |
| Entgegnung StALU | Das Vorhaben wurde gemäß § 10 (3, 4) BImSchG i. V. m. §§ 8 bis 10 der Verordnung über das Genehmigungsverfahren – 9. BImSchV, neugefasst durch Bekanntmachung vom 29.05.1992 (BGBl. I S. 1001), in der zurzeit gültigen Fassung, auf der Internetseite des StALU WM am 21.03.2022 öffentlich bekannt gemacht.Der Antrag, die Antragsunterlagen, der UVP-Bericht und bis dahin eingegangene behördliche Stellungnahmen mit Angaben über die Auswirkungen der Anlage auf die Nachbarschaft und die Allgemeinheit oder mit enthaltenden Empfehlungen über die Begrenzung dieser Auswirkungen wurden gemäß § 10 (3) BImSchG in der Zeit vom 29.03.2022 bis einschließlich 28.04.2022 im StALU WM und auf dem UVP-Portal der Länder zur Einsichtnahme ausgelegt.Für das gemeindliche Einvernehmen wurde entsprechend dem Baugesetzbuch die Standortgemeinde Brunow am Verfahren beteiligt. Diese hat ihr Einvernehmen bereits erteilt. |
| 1.4 Antragsunterlagen |
| 1.4.1 | Statt der gewählten Berechnungsmethode im Turbulenzgutachten sei aufgrund der geringen Abstände der geplanten WEA (insbesondere WEA 01 (=WEA 12) und WEA 02(=WEA 13) zu den Bestands-WEA (WEA 1, 9 und 11) eine sektorielle Betrachtung zu erfolgen. Dies sei im Gutachten nicht vorgenommen worden. Es sei nicht ausgeschlossen, dass in den kritischen Sektoren tatsächlich derart hohe Turbulenzen erzeugt werden, dass sich die umliegenden Bestands-WEA durch die auftretenden Lasten abschalten und/oder in ihrer Lebensdauer beeinträchtigt werden.Das Turbulenzgutachten sei fachlich dahingehend zu prüfen, ob eine Gefährdung der Standsicherheit für die Bestands-WEA mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden kann. |
| EntgegnungAntragstellerin | Siehe zu 1.4.1 |
| Entgegnung StALU | Die Überprüfung des Gutachtens zur Standorteignung erfolgt durch die untere Bauaufsichtsbehörde in Verbindung mit der Statikprüfung. Aus der Stellungnahme dieser Fachbehörde ergeben sich die eventuellen Auflagen und/oder Nebenbestimmungen im Genehmigungsbescheid. |
| 1.4.2 | Die Schallimmissionsprognose weise methodische Mängel auf (für Details siehe Einwendungen unter Punkt 2.1 dieser Tabelle). Zudem weiche die Bezeichnung der Bestands-WEA und der geplanten WEA im Schall- und Schattenwurfgutachten von der Bezeichnung im Turbulenzgutachen ab. |
| EntgegnungAntragstellerin | Die Beurteilung über die Geeignetheit des Gutachtens obliegt aus unserer Sicht der Genehmigungsbehörde bzw. der zuständigen Fachbehörde (LUNG). Sollten diesbezüglich Mängel oder Nachforderungen bestehen, wird die Antragstellerin eine entsprechende Revision beauftragen. Auch für den Schallgutachter i17 Wind GmbH & Co. KG gilt im Übrigen das zuvor bereits zur Firma F2E Geschriebene. Es handelt sich um einen absolut anerkannten und fachlich kompetenten Gutachter. |
| Entgegnung StALU | Die Gutachten werden durch unabhängige Sachverständigenbüros erstellt. Dabei sind zur Darstellung und Bewertung der Auswirkungen methodische Standards anzuwenden. Ob und wie diese Standards erfüllt werden wird, ebenso wie das Ergebnis des jeweiligen Gutachtens, durch die beteiligten Fachbehörden geprüft.Die geplanten WEA sind durch ihre spezifischen Standortkoordinaten zuordnungsbar. Die Bezeichnung ist nicht entscheidend im Hinblick auf die Genehmigungsfähigkeit der antragsgegenständlichen WEA. |
| 1.4.3 | Der UVP-Bericht sei fehlerhaft und zu überprüfen (für Details siehe Einwendungen unter Punkt 2.1 und 3.2 dieser Tabelle). Zudem weiche die Bezeichnung der geplanten WEA im UVP-Bericht von der Bezeichnung im Turbulenzgutachen ab.  |
| EntgegnungAntragstellerin | Zu unspezifisch. Im Übrigen nicht entscheidungserheblich im Hinblick auf die Genehmigungsfähigkeit der antragsgegenständlichen WEA. |
| Entgegnung StALU | Der Einwender wird um Konkretisierung gebeten. |
| 2. SCHUTZGUT MENSCHEN, INSBESONDERE DIE MENSCHLICHE GESUNDHEIT- EMISSIONEN UND IMMISSIONEN |
| 2.1. Schallimmissionen |
|  2.1.1. | Man bezweifele, dass die in der Schallimmissionsprognose angegebenen Unsicherheitsannahmen zu den Schallleistungspegeln der Bestandsanlagen Neg Micon NM72c/1500 (W6 bis W14 laut Schallgutachten) angesichts ihres relativ hohen Alters plausibel seien. Die Schallimmissionsprognose sei dahingehend zu prüfen, ob die Berechnung auf einer korrekten Unsicherheitsannahme für die Altanlagen beruhe. Die Schallimmissionsprognose verweise auf eine Aussage zur Vorbelastung des Landesamts für Umwelt, Naturschutz und Geologie M-V (LUNG) aus Juni 2020, die dem Gutachten nicht beigefügt sei. Dadurch lasse es sich für die Einwenderin nicht überprüfen, ob die Berechnung auf einer korrekten Unsicherheitsannahme für die Bestands-WEA beruht. |
| EntgegnungAntragstellerin | Zu unspezifisch und unsachlich. Die betrachteten WEA des Herstellers NEG Micon wurden vielfach in Deutschland errichtet und werden bis heute betrieben und überwacht. Sie sind mehrfach vermessen und den Fachgutachtern sowie den Fachbehörden (LUNG) gut bekannt. |
| Entgegnung StALU | Die Gutachten werden durch unabhängige Sachverständigenbüros erstellt. Dabei sind zur Darstellung und Bewertung der Auswirkungen methodische Standards anzuwenden. Ob und wie diese Standards erfüllt werden wird, ebenso wie das Ergebnis des jeweiligen Gutachtens, durch die beteiligten Fachbehörden geprüft. |
| 2.1.2 | Der Berechnungsansatz zur Vorbelastung im Schallgutachten weiche von den Anforderungen des Anhangs der „Anforderungen an die Geräuschimmissionsprognose und die Nachweismessung von Windkraftanlagen" des Landes Brandenburg („WKA-GeräuschimmissionserIass") vom 16.09.2019 ab. Es seien die Unsicherheiten der Emissionsdaten der Vorbelastungsanlagen (hier Bestands-WEA auf brandenburgischer Seite) in gleicher Weise zu berücksichtigen wie zum Zeitpunkt der Genehmigung bzw. der Antragstellung. Dies sei im Schallgutachten nicht erfolgt (Verweis auf Stellungnahme des Landesamts für Umwelt Brandenburg (LfU) -Abteilung Technischer Umweltschutz 1 und 2, S. 2 f.). Die Teilimmissionsbeiträge der Bestands-WEA seien zu niedrig veranschlagt, da sie zwischen 0,1 dB (A) und 0,7 dB (A) über den in der Schallimmissionsprognose berechneten Teilbeurteilungspegeln liegen. Im Detail: Gemäß Schallgutachten (Anhang 8, Variante 1) seien die höchsten Teilbeurteilungspegel (>30 dB (A)) am Immissionsort I04 durch die Bestands-WEA W11, W12, W13, W15, W16, W18 und W19 (Bezeichnung der WEA im Schallgutachten weicht von Bezeichnung im Turbulenzgutachten ab) gegeben. Die Schallleistungspegel zuzüglich der Unsicherheit des Prognosemodells seien im Schallgutachten für diese Bestands-WEA gegenüber den geplanten WEA um 0,2 dB(A) zu niedrig veranschlagt. Gemäß Schallgutachten (Anhang 10, Variante 2) entstehe zusätzlich durch die Bestands-WEA W23, W24 und W47 ein relevanter Immissionsbeitrag am Immissionsort I04. Es bedarf einer Überprüfung der vorgelegten Schallimmissionsprognose. Für den Fall, dass die Angabe der Schallleistungspegel für die Altanlagen auf einer falschen Unsicherheitsannahme basieren, sei nicht auszuschließen, dass (weitere) Schallleistungsreduktionen der beantragten WEA erforderlich werden. |
| EntgegnungAntragstellerin | Die Beurteilung über die Geeignetheit des Gutachtens obliegt aus unserer Sicht der Genehmigungsbehörde bzw. der zuständigen Fachbehörde (LUNG). Sollten diesbezüglich Mängel oder Nachforderungen bestehen, wird die Antragstellerin eine entsprechende Revision beauftragen. Auch für den Schallgutachter i17 Wind GmbH & Co. KG gilt im Übrigen das zuvor bereits zur Firma F2E Geschriebene. Es handelt sich u einen absolut anerkannten und fachlich kompetenten Gutachter. |
| Entgegnung StALU | Die Überprüfung des Gutachtens zur Schallprognose erfolgt durch das Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie. Aus der Stellungnahme dieser Fachbehörde ergeben sich eventuelle Auflagen und/oder Nebenbestimmungen im Genehmigungsbescheid. Diese Stellungnahme liegt derzeit jedoch noch nicht vor. |
| 2.2 Schattenwurf |
|  2.2.1 | Gemäß Schattenwurfprognose seien die geplanten WEA mit einem geeigneten Schattenwurf-Abschaltsystem auszustatten, sodass die Beschattungszeiten an den problematischen Immissionsorten auf das zulässige Maß begrenzt werden können. In diesem Zusammenhang sei der Hinweis gegeben, dass nachträgliche Anordnungen in Form von zusätzlichen Betriebsbeschränkungen für die Bestands-WEA nicht zulässig seien. Die Einhaltung der zulässigen Beschattungszeiten sei seitens der neu hinzukommenden WEA sicherzustellen. Eine entsprechende Nebenbestimmung sei in eine spätere Genehmigung für die Neuanlagen mit aufzunehmen.  |
| EntgegnungAntragstellerin | Siehe unter 2.1.2 |
| Entgegnung StALU | Die fachliche Prüfung der Schattenwurfprognose erfolgt durch das Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie M-V. Eine abschließende Stellungnahme und Beurteilung der Gutachten ist zum Zeitpunkt der Online-Konsultation noch nicht erfolgt. Anzuwendende Schutznorm ist das Hinweispapier der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz (LAI) – LAI-WEA-Schattenwurf-Hinweise.Im Falle einer Genehmigung würde im Bescheid zur Sicherstellung der Genehmigungsvoraussetzungen aus § 6 BImSchG ein Abschaltkonzept beauflagt, um die maximal zulässige Beschattungsdauer von 8 Stunden/Jahr bzw. 30 Minuten/Tag durch periodischen Schattenwurf zu sichern. Anforderungen darüber hinaus können behördlicherseits nicht gestellt werden.Abschaltautomatiken, wie sie auch bei den beantragten Anlagen zum Einsatz kommen sollen, sind gemäß Urteil des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts (OVG Lüneburg 12 LB 8/07 vom 18.05.2007) geeignet, um die Belästigung durch Schattenwurf auf ein zumutbares Maß zu beschränken. |
| 3. SCHUTZGUT TIERE, PFLANZEN UND BIOLOGISCHE VIELFALT, FRAGEN DES SPEZIELLEN ARTENSCHUTZES |
| 3.1 Biotopschutz |
|  3.1.1 | Es sei sicherzustellen, dass die Ausgleichs- und Kompensationsmaßnahmen für den als erheblich einzustufenden Biotopverlust als entsprechende Nebenbestimmungen in die spätere Genehmigung mit aufgenommen werden. |
| Entgegnung StALU | Eine abschließende Stellungnahme der zuständigen unteren Naturschutzbehörde liegt zum Zeitpunkt des Erörterungstermins nicht vor. Der Biotopschutz wird während der detaillierten Prüfung des Vorhabens genau betrachtet. Eine detaillierte Prüfung hat zu diesem Zeitpunkt noch nicht stattgefunden. |
| 3.2 Spezieller Artenschutz - Rotmilan |
|  3.2.1 | Der Standort der geplanten WEA 01 unterschreite den Mindestschutzabstand (Ausschlussbereich) von 1.000 m zum Rotmilan-Horst (Nr. 41, sowie zu den Wechselhorsten Nr. 40, 56 und 57) gemäß der Artenschutzrechtlichen Arbeits- und Beurteilungshilfe für die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen (AAB-WEA), herausgegeben durch das LUNG M-V 2016, welche in M-V als Beurteilungsgrundlage in einem immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren herangezogen wird. Die Unterschreitung gehe aus dem UVP-Bericht und den avifaunistischen Kartierungen hervor. Im Ausschlussbereich von < 1.000 m sei die Errichtung einer WEA mit dem Verbotstatbestand des § 44(1) BNatSchG nicht vereinbar und Vermeidungs-, Verminderungs- und Lenkungsmaßnahmen seien nicht anwendbar (Verweis AAB-WEA 2016, S. 7-8). Der UVP-Bericht schlage dennoch fälschlicherweise Vermeidungsmaßnahmen für den Ausschlussbereich vor. Durch das Unterschreiten des Ausschlussbereichs zur Rotmilanbrutstätte sei die WEA 01 an diesem Standort nicht genehmigungsfähig.  |
| Entgegnung StALU | Die artenschutzrechtliche Prüfung erfolgt durch die untere Naturschutzbehörde. Eine abschließende Stellungnahme hierzu liegt bisher nicht vor. |
| 3.2.2 | Für WEA 02 und 03 müsse ebenfalls fachlich geprüft werden, ob diese den naturschutzrechtlichen Bestimmungen zuwiderlaufen. Im Zuge dessen seien die vorgelegten Gutachten angesichts der zu Tage getretenen Fehlerhaftigkeit des UVP-Berichts genau zu prüfen. |
| EntgegnungAntragstellerin | Die Beurteilung über die Geeignetheit des Gutachtens obliegt allein der Genehmigungsbehörde bzw. der zuständigen Fachbehörde für Naturschutz. Die Nachforderungen der uNB wurden mit Schreiben vom 14.03.2023 erfüllt. Es handelte sich hierbei allerdings um Ergänzungen der Unterlagen (vergrößerte Karten, SPA etc.) und nicht um entscheidungserhebliche neue Unterlagen oder Erkenntnisse. Für den genannten Rotmilan, der auch das Repowering-Vorhaben der Einwenderin tangiert, wurden geeignete Vermeidungsmaßnahmen dargestellt und nachgewiesen, die zum Ausschluss eines signifikant erhöhten Tötungsrisikos im Zuge der Errichtung und des Betriebs der drei antragsgegenständlichen WEA (einschl. der WEA 1) führen. Im Übrigen sei auf den mit Schreiben vom 28.05.2021 geänderten Erlass (AAB Vögel 2016) und auf die in der Anlage 1 des § 45b BNatSchG verwiesen. Die Schutzabstände der WEA 1 zum Rotmilan werden demnach eingehalten. Einen so genannter Ausschlussbereich von 1.000 m gibt es nicht. |
| Entgegnung StALU | Die naturschutzfachlichen Gutachten werden durch unabhängige Sachverständigenbüros erstellt. Dabei sind zur Darstellung und Bewertung der Auswirkungen methodische Standards anzuwenden. Ob und wie diese Standards erfüllt werden wird, ebenso wie das Ergebnis des jeweiligen Gutachtens, durch die beteiligten Fachbehörden geprüft. Aus deren Stellungnahme ergeben sich die eventuellen Auflagen und/oder Nebenbestimmungen im Genehmigungsbescheid. Die abschließende Stellungnahme der zuständigen Naturschutzbehörde liegt derzeit jedoch noch nicht vor. |
| 4. SONSTIGES- KOSTEN/ ERTRAGSVERLUST |
| 4.1. | Man befürchte durch das Vorhaben einen erhöhten Wartungsaufwand von Bestandsanlagen sowie Ertragseinbußen bei Absenkung des Parkwirkungsgrades durch gegenseitige Abschattung aufgrund der Höhe, Leistung, geringen Abstände der geplanten WEA und der im vorgelegten Turbulenzgutachten bereits festgestellten Überschreitungen der Auslegungswerte. |
| EntgegnungAntragstellerin | Der Punkt des „Windklaus“ sowie eventuell erhöhte Betriebs- und Wartungsaufwendungen infolge eines Zubaus von WEA ist höchstrichterlich entschieden. Im Übrigen ist der Rückbau der seitens der Einwenderin genannten WEA im Rahmen eines Repowerings bereits fest eingeplant. Beleg dafür ist der Bebauungsplan der Gemeinde Berge, der für die im Rahmen des Repowering neu zu errichtenden WEA der 6 – 7 MW Leistungsklasse gerade in Aufstellung befindlich ist. Die Baufenster für die sodann neu zu errichtenden WEA befinden sich in erheblich größerem Abstand zu den drei antragsgegenständlichen WEA als dies in Bezug auf die derzeit noch in Betreib befindlichen Bestandanlagen des Herstellers NEG Micon der Fall ist. Es wird davon ausgegangen, dass das Repowering und mithin der Rückbau der seitens der Einwenderin genannten Bestandsanlagen in den Jahren 2025/26 vollzogen ein wird. |
| EntgegnungStALU | Die Einwenderin äußert hier ihre bloße Erwartung von erhöhten Wartungsaufwand von Bestandsanlagen sowie Ertragseinbußen.Das Bundesverwaltungsgericht hat im März 2020 deutlich gemacht, dass eine Verringerung der Erträge von Bestandsanlagen infolge von Windabschattung durch nachträglich hinzuzubauende Anlagen durchaus rechtlich relevant sein kann. Sie kann nämlich gegen das sog. „Gebot der gegenseitigen Rücksichtnahme“ im Außenbereich verstoßen.Orientierung des Bundesverwaltungsgerichtes:* Die bloße Erwartung „erheblicher Einbußen“ dürfte nach Meinung des Gerichts wohl nicht reichen.
* Die Überschreitung der wirtschaftlichen Entwertung der Bestandsanlage dürfte hingegen sicher genügen.
* Eine Ertragseinbuße von deutlich unter 10 Prozent dürfte in aller Regel diese Grenze jedoch nicht überschreiten.

„*Der Errichtung einer Windenergieanlage im Außenbereich kann der öffentliche Belang des Rücksichtnahmegebots aus § 35 Abs. 3 Satz 1 BauGB entgegenstehen, weil die Anlage die Windausbeute einer benachbarten, bereits bestehenden Windenergieanlage vermindert. Das Gebot der Rücksichtnahme ist aber jedenfalls dann nicht verletzt, wenn die Minderung gemessen am Gesamtertrag der Bestandsanlage relativ geringfügig ist...“* (Leitsatz im Beschluss des 4. Senats vom 13.03.2019 BVerwG 4 B 39.18). |

#

# **Abkürzungsverzeichnis**

|  |  |
| --- | --- |
| 9. BImSchV | 9. Verordnung über das Genehmigungsverfahren |
| AAB | Artenschutzrechtliche Arbeits- und Beurteilungshilfe für die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen  |
| AFB | Artenschutzfachbeitrag |
| AfRL WM | Amt für Raumordnung und Landesplanung Westmecklenburg |
| AZ | Aktenzeichen |
| BauGB | Bau-Gesetzbuch |
| BImSchG | Bundes-Immissionsschutzgesetz |
| BNatSchG | Bundes-Naturschutzgesetz |
| BVerwG | Bundesveraltungsgericht |
| dB(A) | Dezibel-Bewertungskurve A |
| DStGB | Deutscher Städte- und Gemeindebund |
| Hrsg | Herausgeber |
| HzE M-V | Hinweise zur Eingriffsregelung M-V vom Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt M-V |
| IO | Immissionsort |
| LAI | Hinweispapier der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz |
| LBauO M-V | Landes-Bauordnung M-V |
| LBP | Landschaftspflegerischer Begleitplan |
| LfU | Landesamt für Umwelt Brandenburg |
| LK LuP | Landkreis Ludwigslust-Parchim |
| LUNG M-V | Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie M-V |
| MW | Megawatt |
| MVwZ | Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht |
| OVG | Oberverwaltungsgericht |
| PlanSiG | Planungssicherstellungsgesetz |
| RD | Rotordurchmesser |
| RREP WM | Regionaler Raumentwicklungsplan Westmecklenburg |
| TA Lärm | Technische Anleitung Lärm |
| UNB uNB | Untere Naturschutzbehörde des Landkreises Ludwigslust-Parchim |
| UG | Untersuchungsgebiet |
| UVP | Umweltverträglichkeitsprüfung |
| UVPG | Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung |
| StALU WM | Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Westmecklenburg |
| SPA  | Special Protection Areas (Europäische Vogelschutzgebiete) |
| VG | Verwaltungsgericht |
| VGH | Verwaltungsgerichtshof |
| WEA | Windenergieanlage |
| WEG | Windeignungsgebiet  |
| WKA | Windkraftanlage |
| WVR-Gebiete | Windvorrang-Gebiete |